

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 geplatte
Seite.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. H. Meister & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschlag Nord 3002.

Gegen die Preistreibereien.

Die Spartenorganisationen der unterzeichneten Gewerkschaftsrichtungen haben der Reichsregierung am 23. Dezember 1924 folgenden Protest übermittelt:

Neben der unausgesetzten Preissteigerung der für die Volksernährung unentbehrlichen Nahrungsmittel und aller sonstigen Bedarfsgegenstände hat sich die Preissteigerung für Milch zu einem öffentlichen Skandal entwickelt. So ist für Berlin der Preis für Vollmilch für die laufende Woche auf 36 resp. 40 Pf. je Liter festgesetzt worden, das heißt nahezu 100 Prozent über Kriegspreis.

Begründet wird diese Preiserhöhung wie auch alle anderen vorangegangenen mit dem Steigen der Butterpreise.

Da auf dem deutschen Buttermarkt die frühere starke ausländische Butterimport noch immer fehlt und die Milcherzeugung erfahrungsgemäß im Laufe des Winters zurückgeht, so ist zu befürchten, daß die Milchpreise noch eine weitere Steigerung erfahren, wenn die Grundlagen für die Preissteigerung die gleichen bleiben. Aber auch ohnedies ist der jetzige Preis als Wucherpreis zu bezeichnen und nur dadurch zu erklären, daß die deutschen Milcherzeuger und -händler die durch den Krieg geschaffene Marktlage rücksichtlos in ihrem privatwirtschaftlichen Interesse ausnutzen, unbekümmert darum, daß damit dem heranwachsenden Geschlecht, den wendenden- und stillenden Müttern, den Alten und Schwachen eines der notwendigsten Nahrungsmittel entzogen und damit die ohnehin stark geschwächte Volksgesundheit dem privatwirtschaftlichen Interesse zum Opfer gebracht und weiterhin untergraben wird.

Reichs- und Staatsbehörden, die übereinstimmend den Vertretern der Gewerkschaften gegenüber stets und ständig die Gefahr einer neuen Inflation befürchten, wenn den volkswirtschaftlich berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerforschung stattgegeben würde und ihren Forderungen dadurch zu begegnen suchen, daß sie ständig bemüht seien, den "Preisabbau energisch zu fördern", haben bisher nichts getan, um diesem Wucher mit einem der notwendigsten Nahrungsmittel entgegenzutreten.

Die unterzeichneten Gewerkschaften protestieren energisch gegen die bisherige Unfähigkeit der Reichs- und Staatsbehörden und verlangen von ihnen umgehend ein energisches Eingreifen gegen diesen die Volksgesundheit untergrabenden Wucher.

Deutscher Gewerkschaftsrat. Allgemeiner Freier Angestelltenbund. Deutscher Gewerkschaftsbund. Deutscher Beamtenbund. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Erwerbslosensfürsorge in anderen Ländern.

Um eine Übersicht der Regelung der Arbeitslosensfürsorge in den einzelnen Ländern zu erhalten, hat sich der Internationale Gewerkschaftsbund mit einer Rundfrage an die angeschlossenen Landeszentralen gewandt. Bei der Fragestellung hat er sich auf die wichtigsten Punkte beschränkt und sich vorbehalten, eventuell später auf Einzelheiten einzugehen. Die eingelaufenen Antworten ergeben folgendes Bild:

In Belgien gibt es keine staatliche Arbeitslosenversicherung. Diese wird ausschließlich von den Gewerkschaften organisiert. Hingegen zahlt der Staat eine Subvention von 50 Prozent des Beitrages der von den Mitgliedern gezahlten Summen. Der Beitrag dieser Subvention wird der Arbeitslosenkasse gutgeschrieben und dem Krisenfonds überwiesen. Organisationen, die in Schwierigkeiten geraten, können aus diesem Fonds Vorschüsse beziehen. Daneben hat die Regierung einen nationalen Krisenfonds für die ausgesterbten Arbeitslosen errichtet, der noch eine weitere Unterstützung von 30 Tagen vorsieht. Danach die Krise in der Industrie noch länger an, so kann eine Verlängerung dieser Frist bewirkt werden. Sind die Arbeitslosenkassen der einzelnen Organisationen erschöpft, so übernimmt zudem der Nationale Krisenfonds alle statutarischen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen. Zu Beginn wurde dieser Grundsatz streng eingehalten, seitdem jedoch katholische Minister im Arbeitsministerium sitzen, erfolgt die Unterstützung nur noch, wenn dies absolut unmöglich ist.

Die Träger der Arbeitslosenversicherung in Dänemark sind die vom Staat anerkannten Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften. Die finanziellen Mittel werden von den Mitgliedern sowie durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln aufgebracht. Der Staatszuschuß beträgt 35 Prozent der von den Mitgliedern eingezahlten Beiträge, der Zuschuß der Gemeinden 30 Prozent. Insgeamt beträgt der Zuschuß des Staates und der Gemeinden somit 65 Prozent der von den Mitgliedern eingezahlten Beiträge.

Außerdem besteht ein sogenannter Krisenfonds für die Unterstützung der ausgestorbenen Mitglieder solcher Arbeitslosenkassen, für die eine außerordentliche Arbeitslosigkeit

besteht, d. h. wenn in den letzten beiden Monaten der Prozentsatz der Arbeitslosen einer Kasse 50 Prozent über dem Durchschnitt der entsprechenden Monate der letzten 14 Jahre mit Ausnahme der beiden höchsten Prozentsätze liegt und mindestens 7½ Prozent beträgt. Die finanziellen Mittel dieses Fonds werden vom Staat, den Gemeinden und den Arbeitgebern aufgebracht.

In Großbritannien gibt es eine Arbeitslosenversicherung. Die Kosten werden zu einem Viertel vom Staat getragen, die Unternehmer zahlen ein wenig mehr als drei Achtel, die Arbeiter ein wenig unter drei Achtel.

In Holland ist das sogenannte dänische System der Arbeitslosenunterstützung in Anwendung. Die Träger der Arbeitslosenunterstützung sind die vom Staat anerkannten und subventionierten Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften. Staat und Gemeinden leisten einen Zuschuß von je 50 Prozent, also insgesamt 100 Prozent der von den Mitgliedern eingezahlten Beiträge. Für die ausgestorbenen Mitglieder der Arbeitslosenkassen gelten die lokalen Bestimmungen, denen zufolge der Staat nur an Gemeinden Subventionen zahlt, deren Finanzlage sehr schlecht ist.

In Italien besteht obligatorische Arbeitslosenversicherung, deren Kosten von Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen getragen werden. Der Staat leistet einen Zuschuß von 40 Millionen Lire.

In Jugoslawien besteht eine Arbeitslosenunterstützung. Die Mittel werden durch die Kranken- und Unfallversicherungsorgane in der Höhe von 5 Prozent des Krankenversicherungsbeitrages aufgebracht.

In Lettland gibt es weder Arbeitslosenversicherung noch Arbeitslosenunterstützung. Nur in Perioden allerschwerster Arbeitslosigkeit wird den Arbeitslosen, die schon längere Zeit keine Arbeit finden können, eine winzige Unterstützung in Form von Fett, Brot, Holz usw. gewährt.

In Österreich besteht eine staatliche Versicherung. Die Kosten werden aufgebracht durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 42 Prozent, Staat 14 Prozent und Gemeinde 4 Prozent.

In Polen besteht seit 1. September 1924 eine staatliche Arbeitslosenversicherung. Die Unternehmer zahlen 1½ Prozent, die Arbeiter ½ Prozent und der Staat 1 Prozent der ausgezahlten Lohnbeträge.

In Schweden gibt es keine staatliche Arbeitslosenversicherung und der Staat leistet auch keine Zuschüsse an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften. Die Frage steht zur Zeit zur Behandlung, aber eine Lösung ist bisher noch nicht gefunden worden. Während der letzten Wirtschaftskrise waren jedoch der Reichstag und die Regierung gezwungen, Maßregeln zur Linderung der Not vorzunehmen. Insgesamt wurden vom Staat und Gemeinden zirka 250 Mill. Kronen für diesen Zweck vorausgelegt, die zum größten Teile für die Vornahme von Roststandarbeiten verwendet wurden.

In der Schweiz wurde die staatliche Versicherung am 1. Juli 1924 aufgehoben. Gegenwärtig ist ein Gesetz in Bearbeitung, das einen Staatszuschuß nach dem Ceteri-System vorseht.

In Spanien gibt das staatliche Arbeitsamt einen geringfügigen Zuschuß an einige Gewerkschaften, die jahrgangsweise ihre Arbeitslosen unterstützen. Eine gesetzliche Regelung gibt es nicht.

In der Tschechoslowakei besteht eine staatliche Arbeitslosenunterstützung, die finanziellen Mittel werden durch den Staat aufgebracht.

In Ungarn gibt es weder staatliche Arbeitslosenversicherung noch Arbeitslosenunterstützung.

Aus dieser Erhebung geht vor allem eins hervor: Deutschland ist auch auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung ins Hintertreffen geraten. Hier haben wir die heimellose Einrichtung, daß die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeber verhältnismäßig hohe Pflichtbeiträge (bis 1½ Prozent des Lohnes) zu leisten haben, aber weder ein Recht auf Unterstützung für die Erwerbslosen, noch das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten besteht. Das ist die Sozialpolitik des Herrn Dr. Brauns, die Sozialpolitik einer rein bürgerlichen Reichsregierung.

Das neue Institut für Konjunkturforschung.

Die Bestrebungen, die wissenschaftliche Beachtung der Bewegungen im Wirtschaftsleben mehr als bisher in den Dienst der praktischen Wirtschaft zu stellen, haben endlich zu einem großangelegten Plan geführt, ein deutsches Institut der Konjunkturforschung zu schaffen. Die Aufgabe dieses Instituts macht man sich wohl am besten durch folgende Beispiele klar: Das Konjunkturforschungsinstitut der amerikanischen Harvard-Universität, das auf diesem Gebiet bahnbrechend wirkt, zeigte im Frühjahr 1923 in der sogenannten Überproduktion sichere Anzeichen einer nahen Krise an. Die amerikanische Geldpolitik (Federal-Reserve-Banken) griffen

sofort ein und konnten durch wachsende Kreditbeschränkung verhindern, daß die infolge der Agrarkrise im Jahre 1923 eingetretene Stagnation sich zu einer Katastrophe auswuchs,

wie sie im Jahre 1920, weil man der Wirtschaft während der Nachkriegskonjunktur freien Lauf gelassen hatte, eingetreten war. Die Beschränkung der Kredite war berufen,

auch in der deutschen Wirtschaft eine Rolle zu spielen; jedoch ist anzunehmen, daß die Kreditdrosselungen der Reichsbank zu spät eingetreten sind. Das hätte vermieden werden können, wenn eine Prognose (Voraus-
— der Konjunkturbewegung) auch in der Art für das deutsche Wirtschaftsleben möglich gewesen wäre, wie sie das Harvard-Institut zur Verfügung stellte.

Bei der ganzen Konjunkturforschung handelt es sich zum Teil um eine Verwirklichung des der Arbeiterschaft geläufigen Gedankens, den Gang der Produktionsmaschine rechtzeitig dem wirklichen Warenbedarf anzupassen. Man vollzieht die Ausschweifung der Krisentheorie zur allgemeinen Konjunkturtheorie, indem die möglichst vollständige Beobachtung der Bewegung in der Wirtschaft (Preisveränderungen, Steigen und Fallen der Arbeitslosenziffern, der Börsenkurse, des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs usw.) organisch zusammengefaßt werden. So kommt man zu einer zuverlässigeren Beurteilung der künftigen Wirtschaftslage, nach der sich die Wirtschaft, die nur das Einzelunternehmen, selbst die einzelne Branche überstieghen kann. Man könnte diese Einrichtung als wirtschaftliche Wetterwarte bezeichnen. Gerade für die heutige deutsche Wirtschaft ist ein solcher Fortschritt unbedingt geboten. Er wird u. a. der Arbeiterschaft neben anderen Vorteilen besseren Einblick in die Gesamtwirtschaft geben, der zum Beispiel für die Politik der Arbeitsnachweise usw. von Bedeutung werden kann. Zu bedenken ist auch, daß, wenn einmal der ganze Erdball mit solchen wirtschaftlichen Wetterwarten überzogen ist, der Gedanke der Zusammengehörigkeit und Abhängigkeit der einzelnen Wirtschaften mehr in Erscheinung treten wird, der die Voraussetzung wahrer Solidarität der Völker ist.

Bis jetzt hat das schon genannte Harvard-Institut, eine private Einrichtung, Vorbildliches geleistet. Auch in England (London School of Economics) und Schweden ist die Konjunkturforschung eingerichtet worden. Auch der Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt haben im Jahre 1922 ein Komitee zum Studium der Krise und der Konjunkturbewegung gebildet, dem der Anreger und Förderer des Planes einer Konjunkturforschung in Deutschland, Professor Dr. Hagemann, Präsident des deutschen Statistischen Reichsamtes, in seiner Eigenschaft als Professor der Staatswissenschaften angehört. Man denkt sich die Errichtung des deutschen Instituts, finanziert durch öffentliche Körperschaften (Reich usw.) und Wirtschaft, daß es unter Hinzuziehung aller Kreise, zum Beispiel Vertreter der Arbeitnehmer in dem evtl. zu bildenden Kuratorium, bei peinlichster Ausschaltung einer Begünstigung von Sonderinteressen, auf die breiteste Grundlage gestellt wird. Die neue Einrichtung wird über den Rahmen des Reiches hinausgehen. Die staatliche Behörde wird nach wie vor die Aufgabe haben, des Materials bereitzustellen. Die Ausbildung der Methoden aber sowie die Pflege der internationalen Arbeitsbeziehungen auf der einen Seite und andererseits die Verwertung der Ergebnisse für die Praxis wird das Arbeitsgebiet für das Institut selbst bilden. Man glaubt zunächst am besten zu fahren, in einer kleinen Anzahl von Räumen mit wenig ständigen Hilfskräften eine Verwaltungs- und Geschäftsstelle zu schaffen. Die wissenschaftliche Arbeit würde zunächst unter Heranziehung nebenamtlicher Kräfte und auswärtiger Mitarbeiter geleistet werden. Deshalb hält man für das erste Jahr zwecks Finanzierung einen Beitrag von 60 000 M. für ausreichend. Welche besondere Arbeitsverfassung (kollegiales oder burokratisches System, Kuratorium usw.) dem Institut zu geben ist und in welcher Rahmen (Universität, Handelshochschule usw.) es zu stellen sein wird, bedarf noch der Klärung. Der weitere Ausbau des Instituts wird von seinen Forschungsergebnissen und von dem Erfolg ihrer Ausdehnung für Verwaltung und Wirtschaft abhängen.

Die Enteignung der Kleinaktionäre.

In der jüngsten Zeit macht die Enteignung der kleinen Aktionäre, eine sowohl wirtschaftlich wie sozial sehr bedeutsame Tat, neue Fortschritte. Diese Enteignung geht seit 1920 in steigendem Maße vor sich. Wenn heute auf Grund von Schätzungen behauptet wird, daß die alten Aktionäre seit 1920 um ein Drittel ihres Besitzes gekommen sind, so greift diese Schätzung sicherlich viel mehr nach unten als nach oben. An die Stelle der kleinen Aktionäre sind Großaktionäre, gleichzeitig Verwaltungsräte oder Vorstände der Unternehmungen getreten. Außer durch die Verteilung weiter Kreise des Mittelstandes, der sich infolge seiner Zulage eines krisenhaften Nutzens oft zu künftig bestandsfähigen niedrigen Preisen entledigen mußte, ging die Enteignung der Aktionäre auf mannigfache Weise vor sich.

Während der Inflationsszeit bedienten sich die Großunternehmer zweier Mittel, um die kleinen Aktionäre zu enteignen: des Bezugsrechtsraubes und der Verwaltungsschiebung. Die Aktienkapital wurde ver-

Karlgruppen den Leistungen nach zu achten. Ohne ge-
nugende Begründung darf keine Vergebung in
eine höhere Gruppe erfolgen." Böh.

In der Sitzung der Kommission zur Hebung der Ar-
beitsleistung in der Papierindustrie vom 27. 9. 24 wurde
die Ausführung ununterbrochener Arbeitszeit in den
Fabriken des Cantrobumtriffs angeregt. Dadurch würde
eine Mehrerzeugung von 20 v. H. und Er niedrigung der
Preise erzielt werden können. Zum Studium dieser Frage
wurde dem Cantrobumtriff zwei Monate Zeit gegeben.
Nach Ablauf dieser Zeit soll der Kommission Bericht er-
stattet werden.

Der Bericht enthält in mehrfacher Beziehung interessante
Angaben. Gemessen am Papierverbrauch, befindet sich dem-
nach der geistige Kulturstand Ruhlands noch unter dem Niveau
der Vaterzeit. Darin, dürfen auch die politischen wie wirt-
schaftlichen Zustände Ruhlands in mancher Beziehung ihre
Erklärung finden.

Um Stande der deutschen Technik in der Papierindustrie
gemessen, erscheint uns die im Bericht erwähnte Behauptung,
dass der Arbeitsschöpfer in der Papierindustrie
einen bedeutenden Teil der Selbstkosten
ausmacht, geradezu ungemeinlich. Da wir nicht annehmen
können, dass der russische Papierarbeiter ein beson-
ders arbeitsammliger Mensch ist, so vermögen wir diese
Tatsache nur darauf zurückzuführen, dass der Maschinenpark
in der russischen Papierindustrie vollkommen verändert ist und
technische Erneuerungen nicht eingeführt wurden.

Was würden die begeisterten deutschen Sowjetjünglinge
aller Altersklassen wohl sagen, wenn im "Proletarier" oder
in einer anderen Arbeiterzeitung die Behauptung zu finden
wäre, dass schon jede unnötige Bewegung des
Arbeiters die Erzeugung schädigen und ver-
teuren würde? Uns scheint, dass diese Behauptung sehr
stark nach dem Rezept des berüchtigten amerikanischen Hez-
voges Taylor riecht! Was würden die deutschen Sowjet-
eiserner wohl sagen, wenn der Fabrikarbeiterverband und sein
Verbandsorgan sich dazu hergeben würden, nach dem
Muster der russischen Gewerkschaften die angebliche Schaf-
mähigkeit in der Leistung des einzelnen zu
beheben?

Die Hausordnung in den Fabriken soll
streng innegehalten werden. Die Arbeit
soll pünktlich begonnen und weder vorzeitig
verlassen noch unterbrochen werden. Der
Arbeiter soll sich zu seiner Erholung nicht
von der Arbeit entfernen. Es ist darauf zu
achten, dass selbstens des Sanitätspersonals
kein Missbrauch mit der Krankenschein-
ausgabe an die Arbeiter gefrieben wird.

Was ist so, als ob wir diese Sowjetweise zur Hebung
der Produktion schon vor dem Kriege — als auch die deutschen
Papierarbeiter infolge ihrer gewerkschaftlichen Gleichgültig-
keit ein willkommenes Ausbeutungsobjekt für Zellstofffabriken
und Papiergefäßen waren — in den Arbeitsordnungen der
bekanntesten deutschen Scharfmacher gelesen hätten. Wegen
des Missbrauchs mit der Krankenscheinausgabe sind wir uns
nur noch nicht ganz klar darüber, ob in dieser Beziehung die
Sowjetgewalt eine geistige Anteile bei den deutschen
Scharfmachern gemacht haben, oder ob deutsche Schlossarbeiter
und Unternehmertypen diese unverschämte Verleumdung der
Arbeiterschaft aus Russland importiert haben. Auf jeden
Fall operiert seit einiger Zeit auch ein Teil der deutschen
Unternehmer mit dieser schmählichen Behauptung gegen die
Arbeiterschaft.

Mit Freuden werden besonders die deutschen Papier-
industriellen diesen russischen Bericht aufgenommen haben, um
ihn in ihrem Kampfe um die Arbeitszeitverlängerung ge-
legentlich gegen die gewerkschaftlich organisierte deutsche
Papierarbeiterenschaft und deren Vertreter auszu spielen. In
den höchsten Tönen werden die Unternehmersyndizist die
wirtschaftliche Einsicht der Sowjetregierung der russischen
Gewerkschaften preisen und gegen die deutschen Arbeiter-
organisationen anzuspielen versuchen. Die unabrehrbaren
Moskau-Pilger aber werden weiter in verlockenden Tönen
ihren deutschen Arbeitskollegen die Wunder- und Zauberkräfte
des Sowjetparadieses anpreisen, damit aber desto mehr über
die arbeitervertretenden deutschen Gewerkschaftsbönen
schimpfen, weil diese es ablehnen, den wirtschaftlichen Ein-
heitsprinzipien ihrer Arbeitskollegen zu machen. G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Zuckererzeugung in der Kampagne 1924/25.

Der Verein der Deutschen Zuckerindustrie, Abtg. Rüb-
zuckerfabriken, veranstaltet jedes Jahr im Dezember eine
Umfrage bei den Rübzenzuckerfabriken über die voraussichtliche
Zuckerproduktion in der laufenden Kampagne. Da diese
Vorhersage erfahrungsgemäß wenig von der endgültigen
amtlichen Feststellung abweicht, so gibt die diesjährige Um-
frage schon jetzt ein ziemlich genaues Bild über die Zucker-
erzeugung in der laufenden Kampagne. Nach der Umfrage
stellt sich das Ergebnis für die Kampagne 1924/25 in den ein-
zelnen Landesteilen wie folgt:

Rübenanbau nach Landesteilen.

Landesteile:	Rübenanbau in Hektar		Veränderung v. p. Verminde- rung gegen das Vorjahr in Prozenten
	1924 1925	1923 1924	
Ost-West Preußen	4 555	3 825	+ 18,6
Brandenburg	20 653	20 628	+ 0,1
Pommern	23 102	20 422	+ 13,1
Sachsen	71 983	68 920	+ 4,5
Provinz Sachsen	100 855	97 210	+ 3,6
Hannover	35 970	34 940	+ 2,9
Westfalen-Hessen-Nassau . . .	4 483	4 599	- 2,5
Rheinland	13 072	11 182	+ 16,9
Bavaria	4 957	4 723	+ 5,0
Freistaat Sachsen	5 406	5 172	+ 4,5
Württemberg-Baden	5 844	4 678	+ 24,9
Freistaat Hessen	5 627	3 789	+ 48,5
Mecklenburg	16 480	16 031	+ 9,6
Thüringen	5 421	4 983	+ 8,3
Braunschweig	18 205	16 927	+ 7,6
Umkant	17 772	15 332	+ 16,9

Rübenverarbeitung nach Landesteilen.

Landesteile	Rübenverarbeitung in Doppelzentner		Steigerung gegen das Vorjahr in Prozenten
	1924/25	1923/24	
Ost-West Preußen	1 148 700	822 300	39,7
Brandenburg	5 413 000	4 095 000	32,2
Pommern	4 906 650	4 140 750	18,5
Sachsen	18 261 100	16 560 200	10,3
Provinz Sachsen	30 820 650	21 514 550	43,3
Hannover	10 226 150	7 416 450	37,9
Westfalen-Hessen-Nassau . . .	1 16 050	715 900	41,9
Rheinland	5 424 500	2 587 350	32,4
Bavaria	1 523 300	1 282 800	23,6
Freistaat Sachsen	1 433 350	1 124 250	27,5
Württemberg-Baden	1 746 150	1 127 350	54,9
Freistaat Hessen	1 787 300	789 450	126,4
Mecklenburg	3 292 700	2 707 850	21,6
Thüringen	1 528 000	808 800	88,9
Braunschweig	5 378 800	3 600 400	49,4
Umkant	5 288 300	3 558 950	48,6

Zuckererzeugung nach Landesteilen.

Landesteile	Zuckererzeugung aller Fabriken in Doppelzentner		Steigerung gegen das Vorjahr in Prozenten
	1924/25	1923/24	
Ost-West Preußen	169 900	125 550	36,3
Brandenburg	855 000	628 800	33,0
Pommern	794 150	650 100	22,2
Sachsen	2 979 950	2 733 650	9,0
Provinz Sachsen	860 100	3 385 150	43,7
Hannover	1 569 600	1 106 500	41,9
Westfalen-Hessen-Nassau . . .	154 850	103 550	49,5
Rheinland	452 900	334 900	35,2
Bavaria	224 650	173 550	29,0
Freistaat Sachsen	219 150	169 200	29,5
Württemberg-Baden	269 800	158 250	70,5
Freistaat Hessen	258 650	107 750	140,0
Mecklenburg	515 100	307 650	26,4
Thüringen	241 650	118 250	104,4
Braunschweig	532 200	532 250	56,4
Umkant	861 300	566 100	46,1

Für das ganze Deutsche Reich stellt sich das Ergebnis
wie folgt:

Deutsche Reich	Zuckererzeugung aller Fabriken in Doppelzentner		Steigerung gegen das Vorjahr in Prozenten
	1924/25 voraussichtlich	1923/24	
Rübenanbau in Hektar	354 870	332 461	6,6
Rübenverarbeitung in Doppelzentner	97 195 750	73 365 961	32,5
Zuckererzeugung in Doppel- zentner	15 428 950	11 468 919	34,5
Bruttowert	13 896 056	10 322 027	—

Nach dieser Feststellung ist bei der Rübenanbaufläche
eine Steigerung von 6,6 Prozent, bei der Rübenverarbeitung
dagegen eine Steigerung von 32,5 Prozent, und bei der
Zuckererzeugung sogar eine Steigerung von 34,5 Prozent zu
verzeichnen. Die erhöhte Steigerung bei der Zuckererzeugung
gegenüber der Rübenverarbeitung kann auf eine größere
Ausbeute zurückgeführt werden. Durch die Umfrage ist dann
auch festgestellt, dass die Ausbeute im Durchschnitt auf 15,87
v. H. gegen 15,33 v. H. des Vorjahrs gestiegen ist. Weit
größer ist aber die Differenz zwischen der Steigerung bei
Rübenanbau und bei der Rübenverarbeitung. Hier können
zwei Ursachen zugrunde liegen. Es ist sehr wahrscheinlich,
dass die angebauten Rüben in diesem Jahre mehr der Ver-
arbeitung auf Zucker zugeführt sind, als in den letzten Jahren.
Auf diesen Umstand allein kann aber die hohe Steigerung
bei der Rübenverarbeitung kaum zurückgeführt werden, sonst
wären in den letzten Jahren Riesenmengen an Rüben für
andere Zwecke als für die Zuckererzeugung verbraucht
worden. Neben der intensiven Erfassung der Rübe zur
Zuckererzeugung dürfte also auch die größere Ertragsfähigkeit
des Bodens eine Rolle gespielt haben.

Über die Ertragsfähigkeit sagt die Umfrage leider nichts,
da sich der Verein der Deutschen Zuckerindustrie darauf be-
schränkt, die Rüben zu erfassen, die auf Zucker verarbeitet
werden. Vergleicht man aber die Steigerungszahlen in den
einzelnen Bezirken, so tritt die Steigerung bei der Rüben-
verarbeitung hier noch stärker hervor. Die Provinz Sachsen,
einer der Hauptbezirke für die Zuckerindustrie, hatte eine
Steigerung beim Rübenanbau von 3 Prozent, bei der
Rübenverarbeitung von 43,3 Prozent, verzeichnet. Die ver-
mehrte Steigerung bei der Rübenverarbeitung kann hier
nicht allein darauf zurückgeführt werden, dass die erzeugten
Rüben restlos erschöpft sind. Die größere Ertragsfähigkeit des
Bodens muss auch hier eine Rolle gespielt haben. Ähnlich
liegen die Dinge in einer Reihe anderer Bezirke. Das Um-
frageergebnis berechtigt daher zu nachstehender Schluss-
folgerung:

Die laufende Kampagne dürfte bei der Zuckererzeugung
eine Steigerung von rund 3,5 Millionen Doppelzentner
gegenüber dem Vorjahr bringen. Für den deutschen Konsum
sicher ein recht erfreuliches Zeichen. Diese Mehr-
erzeugung ist zu einem kleinen Teil auf einen Mehrausbau von
Rüben und auf eine größere Ausbeute, zum größeren
Teil aber auf eine intensivere Erfassung der Rübe für die
Zuckererzeugung und durch einen höheren Bodenertrag er-
zielt worden. Die Betreiber der Landwirtschaft haben nun
bisher immer behauptet, dass man beim Rübenanbau nicht auf
seine Rechnung kommt, wenn die Rübe auf Zucker ver-
arbeitet werde, weil die Zuckerräder zu niedrige Rübenpreise
zahlen. Ein wesentlicher Teil der Rüben sei daher in den
letzten Jahren für andere Zwecke verwendet worden. Da nun
die Rüben in diesem Jahr in größerem Umfang zur Ver-
arbeitung auf Zucker herangezogen sind, muss angenommen
werden, dass die Z

punkt der Ermüdung deckt sich nicht mit denjenigen, in dem die Abnahme der Menge und Beschaffenheit des Arbeitsproduktes eintritt. Deshalb muß man schon die ersten Anzeichen der Ermüdung erkennen und dafür sorgen, daß die infolge der Ermüdung entstandenen Abbauprodukte vom Körper rechtzeitig entfernt werden. Genügende Ruhepausen und deren entsprechende Ausfüllung, zweckmäßige Zubereitung der Speisen, ja die Aufmachung des Esses sind wichtig, da die neuwirksamen Störungen infolge der typisierten Arbeit bei dem ermüdeten Arbeiter zu berücksichtigen sind. Die sportliche Betäubung kann auch einen gewissen Ausgleich für die Einheitlichkeit der Arbeit schaffen. Die Zeit- und Bewegungsstudien Taylors sollen weiter verfolgt werden, aber nicht im Sinne Taylors, der sie durch Vorschrift von einem Tageszeitraum zur Erreichung von Höchstleistungen benutzt, die eine Übermüdung hervorrufen müssen, sondern um nützliche, energisierende Mitbewegungen vorzuzeigen zu lernen. Fuchs tritt der Auffassung entgegen, als ob durch weitgehende Ausbildung der eigenen geistigen Tätigkeit durch die Typisierung der Arbeit die geistige Ermüdung ferngehalten werden könnte. Gerade das ständige Richten der Aufmerksamkeit auf einen Punkt, das die Willenskräfte bindet, verursacht eine Übermüdung. Der Verfasser hebt die wachsende Bedeutung der Arbeitspsychologie hervor. Die Berufssberatung bzw. Untersuchung der Berufseignung mit den Mitteln der Arbeitspsychologie hat vorerst nur so weit Erfolg gehabt, daß man die für einen bestimmten Beruf ungeeigneten von diesem ausschalten konnte; also eine negative Auslese. Es ist aber zu hoffen, daß mit der Zeit auch weitergehende Erfolge zur positiven Bestimmung der Berufseignung erzielt werden.

* Die Wirkungen des Achtfundertages in Frankreich.

Das "Bulletin", das Organ des französischen Arbeitsministeriums, veröffentlichte vor kurzem die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Wirkungen des Achtfundertages, der durch das Gesetz vom 23. April 1924 eingeführt wurde. Die Aufsichtsbeamten waren einstimmig, ihre Beobachtungen am möglichst breiter Basis zu formulieren; sie haben die Produktionsverhältnisse in einer großen Anzahl von Unternehmungen untersucht. Ihre Erfahrungen wurden vor der Versammlung von den Unternehmern selbst kontrolliert und ergänzt. Aus diesem umfangreichen Material geht eindeutig hervor, daß sich die Erzeugung seit Einführung des Achtfundertages auf der ganzen Linie erhöht habe. Es wurden Eisen- und Stahlwerke, Elektrofertigwerke, Automobilfabriken, Eisenbahnwerkstätten, Fahrzeugfabriken, Heizungsbetriebe, Werkzeugfabriken usw. untersucht und es wurde festgestellt, daß die Stundenleistung je Tag in jedem Betrieb erhöht und diese Erhöhung in fast sämtlichen Fällen groß war, was der Anstieg durch die veränderte Arbeitszeit. In einigen Fällen waren die Erhöhungen der Stunden- wie der Tagesleistungen sehr beträchtlich und erreichten 30 bis 50 Prozent. Nur bei einigen Betrieben arbeiten, wo eine wesentliche Erhöhung der Stundenleistung nicht möglich ist, konnte man eine Veränderung der Tagesleistung feststellen. Die Arbeiter haben, wie aus den Berichten hervorgeht, mit größerer Arbeitsfreude gearbeitet; in vielen Fällen wurde die Erhöhung der Arbeitsleistung der Einführung der 8-Stundenarbeit zugeschrieben. Das wichtigste Ergebnis des Achtfundertages war aber, daß die Unternehmer gezwungen waren, technische Verbesserungen einzuführen. Es wurde die Maschinenanordnung verbessert, die Produktion vereinfacht; in vielen Fällen wurde über die erhöhte Produktivität durch logistische Verbesserungen, wie bessere Beladenung, Heizung und Lüftung, erzielt. So hat der Achtfundertag den Arbeitern nicht nur freie Zeit, sondern auch verbesserte Arbeitsverhältnisse verschafft.

Internationale Arbeiterbewegung.

Gewerkschaften in China.

Vor dem Eintragen zwischen England waren in China die großen sozialen Fragen unbekannt, die heutzutage in den Industriezentren Europas und Amerikas verhandelt werden. Daß als die großen Zentren des sozialen Friedens erachtet werden, wurde die britische Unternehmensweise in China erkannt. Es entstanden Gewerkschaften, Betriebsräte, Stadtverwaltungen, Eisenbahngesellschaften usw., wobei auch das soziale Leben weitgehend reguliert wurde. Es handelt sich um Fragen, die bestreitend die Rolle der Räte bei der Betriebsleitung, der Arbeitgeber und anderen sozialen Organisationen, und das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfordern. Sie erfordern die Arbeitnehmer zu einer sozialen Einheit zusammenzufinden, die in den nächsten Prozessen. Vor der Einführung der 8-Stundenarbeit wurde in Jalta 1922 ein Komitee errichtet, das insgesamt 120 000 chinesische Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes mit 50 000 der Gewerkschaften an. In der Presse Ausschau wurde der größte Aufwand erwartet. Es gab in Hongkong 500 und in Südkorea 50 Gewerkschaften. Gegenwärtig ist die Zahl der Gewerkschaften im Süden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Industrieverbandes Chemie.

Die "Schlußrede" des Industrieverbandes der Chemie, die im Februar 1924 vorgetragen wurde, befindet sich in der Nr. 17 des "Wirtschaftsblattes" vom 19. Dezember 1924 gegen die "Opposition", die gegenwärtigen Hasselbachlerie, das ist die aus dem Industrierverband der Chemie ausgetretenen Gruppen. Das "Wirtschaftsblatt" schreibt:

"Nichts als Freiheit vor die Freiheit jetzt Lust, welche glaubten, mit papierenen Revolutionen und Staatsreformen die Weltrevolution zu machen, austakt ihrer praktischen revolutionären Kleinarbeit in den Betrieben den Revolutionären Prozeß der Arbeiterschaft zu beschleunigen."

Die Positionen der Revolutionären als "Kleinarbeit" über die "Freiheit" hoch zu halten, ist der der Industrieverbandes gewesen. Doch der Gewerkschaftsleiter über die neuen Gewerkschaften spricht in keinem Zweifel darüber, daß die Gewerkschaften in den Betrieben derart, daß sie zu machen, die Gewerkschaften mit Kleinarbeit aus den Betrieben zu prägen. Dazu und andererseits ist dies zu übersehen und andererseits der Gewerkschaften zu Großhant als den Gewerkschaften zu prägen. Dazu und andererseits ist dies zu übersehen und andererseits der Gewerkschaften zu Großhant oder Erfüllung zu verhelfen und durch Fortsetzung der Organisationskampfes der Gewerkschaften zu fördern.

Rechtliche Richtung verschiedener Gewerkschaften.

Die Richtung des Arbeiters konstituierter Industrieverbandes der Chemie ist klar: sie greift die Unregelmäßigkeit beweisen. Um zu zeigen, daß sie auch richtig gemacht hat, wurde sie sich in der Nr. 17 des "Wirtschaftsblattes" vom 19. Dezember 1924 durch einen Bericht an ihre peeren Gewerkschaften. Sie reicht vorbehaltlos, daß sie vor dem Rechtsschutz geprägt Arbeitsverhältnisse,

geschaffen werden. Es heißt da in der genannten Nummer in Zeitschrift:

In allen Betriebsverwaltungs- und Funktionärshungen ist sofort Stellung zu nehmen zu dem ablaufenden Lohnarbeitszeitraum vom 31. Dezember.

Nehmt in den Betrieben dazu Stellung und verhindert den neuen Befrag der Reformen in den kommenden Verhandlungen."

Da sich der kommunistische Zentralverband für die Chemiearbeiter nur auf Ludwigshafen und Umgegend erstreckt, kann nur der dortige Bezirk gemeint sein. Die Rebellion im eigenen Lager hat dieser kommunistischen Partei filiale jede Bedeutung genommen. Gegen die Leitung besteht das größte Misstrauen, und zwar mit Recht. Der aktive Aufruhr kann dieses Misstrauen nur noch verstärken. Was ist mit dem Aufruhr beabsichtigt? Nichts anderes, als die Arbeiterschaft durcheinanderzubringen, sie in zwei Lager zu spalten, damit von vornherein jeder Erfolg bei den Verhandlungen ausgeschlossen ist. Das heißt also, der Industrieverband der Chemie arbeitet für die Unternehmer. So soll die Einheitsfront ersteren, allerdings die Einheitsfront der Verelendung. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Ludwigshafener Arbeiterschaft nicht zum dritten Male auf die kommunistische Demagogie hereinfällt. Verachtung den berufsmäßigen Organisationszersetzer.

Kommunisten gegen die Freilassung der politischen Gefangenen.

In der vor einiger Zeit in der Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter stand eine Resolution zur Verhandlung, welche die Wahlung der Klasseneinteile und Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland forderte. Ein aus der Versammlung gestellter Zusatzantrag, auch für die Freilassung der politischen Gefangenen und die Herstellung der Pressefreiheit in Russland einzutreten, wurde von einer Anzahl kommunistischer Delegierter bekämpft. Sie behaupteten, in Russland gäbe es überhaupt keine politischen Gefangen, worauf ihnen erwidert wurde, daß in Russland allerdings alle Klichotschewisten auch im politischen Kampf als gemeinsame Verdreher behandelt und bezeichnet werden. Unter diesen Umständen könne es doch freilich keine politischen Gefangen geben. Auf das Gesetz nach Annahme wurde von den Rednern der Ausserdamer Richtung erwähnt, daß es stets der Stolz der deutschen Arbeiterschaft sei, unter dem Sozialisten gesetzt, gewesen sei, die bürgerliche Klasse im Rahmen der Gesellschaft und mit geschichtlicher Ausführung derselben zu bekämpfen. Die Kommunisten dachten sich nicht darum, daß wenn sie dauernd Gewalt gegen andere predigen, die Gewalt sich folglich auch gegen sie kehrt. Zug allem wurde ihnen in Ansicht gestellt, daß ihre Resolution auf Befreiung der politischen Gefangenen mit dem Zusatzantrag allerdings, einstimmige Annahme finden würde. Bei der Abstimmung erlebte man jedoch eine Überraschung. Als der Verhandlungsleiter Boese über den Zusatzantrag abstimmen ließ, erhoben sich die Hände sämtlicher Ausserdamer Delegierten, die Kommunisten stimmten dagegen. Stürmische Dual-Rufe der großen Mehrheit der Versammlung quillierten dies schändliche Verhältnis. Da nach Annahme des Zusatzantrages die Kommunisten an ihrer eigenen Resolution kein Interesse mehr hatten, war sie damit gescheitert. Ein Zeichen, daß es ihnen nicht auf die Sympathisierung mit den politischen Gefangenen ankam, sondern daß sie die bedauernswerten Opfer ihrer Prischpolitis wiederum nur als Agitationmaterial missbrauchen.

Die Arbeiterschutz-Beilage.

Der Vorstand des DGB hat beschlossen, die früher dem "Correspondenzblatt" beigegebene Arbeiterschutz-Beilage für die "Gewerkschafts-Zeitung" wieder einzuführen. Die jetzt besonders wichtige Beilage wird vor 1925 an wie früher, monatlich einzelt, erscheinen.

Rundschau.

Weshalb die Unternehmer den 12stündigen Arbeitstag wollen.

Der Sachverständigenausschuß des englischen Nationalrates der Arbeiterschaft, der sich aus Vertretern des Gewerkschaftskongresses, der Arbeiterpartei und der Parlamentsgruppe der Arbeiterpartei zusammensetzt, hat ein Gutachten darüber ausgearbeitet, worum eine Unterproduktion in dem Sinne besteht, daß in der Produktion nicht die wirtschaftlich und sozial gebräuchliche Leistung erreicht werden kann. Zur Sölderei des Gutachtens werden die Gründe für diese Leistung folgendermaßen zusammengefaßt: 1. Die Produktionsleistung der Industrie ist bedenklich geringer, als sie sein könnte, ob sein mögl. 2. Die Verantwortung für diese geringe Produktionsfähigkeit trage das gegenwärtige System der industriellen Organisation und die Unternehmerschaft, sowohl in einzelnen wie in ihrer Gesamtheit. 3. Die Hauptquelle der Verzögerung und unzureichenden Leistung ist: a) da den Arbeitern nicht genügend Stärke, Verantwortlichkeit und Kontrolle; b) fehlende Arbeitserfahrung bei Arbeit für die Betriebsleitung der Unternehmer; c) Unsicherheit der Arbeit und Perioden der Beschäftigungslosigkeit; d) Wirkungen der Konjunkturmarkttendenzen; e) unzureichende, schlechte und veraltete Maschinen, Arbeitsstätten und Ausstattungen, schlechte Verhältnisse; f) unzureichendes Zusammenarbeiten zwischen Industrien und Industriezweigen; g) schlechte Organisation der Arbeit; h) Fehler im Tarifvertrag; i) erhebliche Produktions einschränkung zwecks Preiserhöhung; j) lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, gefährliche und schädliche Arbeitsbedingungen.

Die künftige Industriebelastigung.

Nach dem Dresdnerplan und dem Industriebelastigungsgebot wird die deutsche Wirtschaft zur Ausführung der deutschen Zahlungen mit einer Obligationsschuld in Höhe von 5 Milliarden belastet. Die jetzt geplante Regierung sollte noch bestimmen, daß der deutsche Großunternehmer, um die Summe von 5 Milliarden sicherzustellen, für 17,1 Prozent seines Betriebsvermögens eine Obligation einzustellen hat. Diese Obligationen sind vom Jahre 1925/26 ab zu verzinsen, und zwar für das Jahr mit 2½ Prozent. Für das Jahr 1926/27 sind 5 Prozent zu zahlen. In den folgenden Jahren beträgt die Leistung neben den Zinsen von 5 Prozent noch 1 Prozent für Tilgung der Schuld (Amortisation). Diese Zinsen beziehen sich auf den Teil des Betriebsvermögens, der

mit der Obligationsschuld belastet wird, also auf 17,1 Prozent des gesamten Betriebsvermögens. Demnach hätte die deutsche Wirtschaft nach 1927 rund 1 Prozent ihres gesamten Betriebsvermögens an Reparationszahlungen abzuführen.

Diese Festschreibung kann nur eine vorläufige sein. Sie geht nämlich auf die Vermögensneuerverteilung vom 31. Dezember 1923 zurück. Diese ist bis jetzt noch nicht veröffentlicht; sehr wahrscheinlich aus dem Grunde, weil angenommen wird, daß die Selbstschätzung des Unternehmertums vom 31. Dezember 1923 nur einen Bruchteil des wirklichen Vermögens widergibt. Die richtige Ermittlung des Vermögens dürfte die Zahlungsschote von 1 Prozent nicht unwe sentlich vermindern.

F. B. Gilbreth.

Vor einigen Monaten ist F. B. Gilbreth, ein auf dem Gebiet der Arbeitspsychologie sehr bekannter Wissenschaftler, gestorben. Er wird mit Taylor zusammen genannt, seine Bedeutung geht aber nach maßgebenden Urteilen über die Taylors hinaus. Gilbreth machte seinen Namen zuerst durch seine Untersuchungen über das Baugewerbe bekannt. Seine Maurerarbeiten wurden auch in Deutschland beachtet. Früher mußte sich ein Maurer hundertmal am Tage bücken, um die Ziegelsteine zu fassen. Gilbreth ersparte ihm durch seine Gerüste, Förderanlagen und geschickte Ausnutzung der Schwerkraft einen großen Teil der Mühe. Seine Arbeiter, die früher den ganzen Tag hart arbeiten mußten, um 1000 Steine zu verlegen, konnten jetzt mit geringerer Anstrengung 2700 pro Tag legen. Grundlegend waren Gilbreths Bewegungsstudien. Die Taylorsche Zeitstudien, die mit der Stoppuhr bewerkstelligt wurden, sollten durch die Bewegungsstudien Gilbreths verbessert und anwendbar gemacht werden. Die Bekanntheit einer Bewegung können nämlich von keinem Beobachter, selbst wenn er die beste Stoppuhr hat, festgehalten werden. Gilbreth gelang es, mit Hilfe des photographischen und des Kinoapparates die 17 Grundelemente eines Bewegungsalistes zu ermitteln, die bei jeder Art in verschiedener Folge wieder vorkommen. Die Bewegungen lassen sich immer wieder in die gleichen Elemente und Grundzettel auf. Diese sollen den Grundstock zu wirklichen Zeitnormen geben. Die Bewegungsstudien Gilbreths und insbesondere die durch ihn angeregte Methode kann, falls sie nicht zur Ausbeutung der Arbeiterschaft, zur Eröffnung von Höchsttarifschließungen benutzt werden, für die Arbeiterschaft von großem Nutzen sein. Gilbreth schwebte in der Tat ein solcher Erfolg vor, er hat die Arbeitsprobleme von dieser Seite her betrachtet und war unter den ersten, die sich mit der Ermittlung der Arbeiterschaft und der Verhältnisse der Unternehmer befassen. Er war Vorsitzender des Ausschusses des amerikanischen Ingenieurverbands zur Verhältnis der Ermüdung und gründete ein Museum zur Erforschung und Ausmerzung unnötiger Überanstrengung. In seinen eigenen Ermüdungsstudien hat er den Beweis erbracht, daß je automatischer die Arbeit verrichtet wird, um so geringer die Ermüdung ist. Im übrigen werden seine Forschungsmethoden in der Arbeitswissenschaft hart umstritten.

Literarisches.

Internationales Arbeitsrecht. Eine Einführung von Clemens Nöpel, (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Infoblatt, 6), 48 Seiten. Preis 1 Mark. Diese Schrift soll die Arbeiter und die Angestellten mit dem Internationalen Arbeitsrecht, seinen Zwecken und Zielen vertraut machen. Es ergibt sich aus der Darstellung, daß auch auf diesem Gebiete die Tätigkeit der Gewerkschaften ausschlaggebend gewesen ist. Die Schilderung erstreckt sich auf die Vorgänge während des Weltkrieges und der Nachkriegszeit, die einschlägige Literatur ist jeweils angegeben. Als Anhang sind beigegeben: I. die Programme von Leeds und Bern; II. von Wien 1924 über die Internationale Arbeitsgesetzgebung und III. der Wortkasten des Washingtoner Abkommens über den Achtfunderttag.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17. Von Henri Lehmann. Preis geb. 2,60 Mark. Thüringer Verlagsanstalt G. m. b. H., Jena. — Dies ist eine Geschichte aus der Helmut im dritten Kriegsjahr. Der Alte Staden ist eine arme, alte Straße, Nr. 17 ein altes armes Haus, in dem arme Frauen wohnen. In das alte Haus zieht eine Witwe mit zwei jungen Töchtern, Frau Harenholz. Ihr Mann ist gestorben. Sie ist verarmt, wenig lebensfähig. Spannlin von Geburt, für Lebensgenuss geschaffen. Die älteste Tochter, Ines, schafft sich ein gutes und glückliches Leben. Im Mittelpunkt der Erzählung steht die Geschichte der jüngeren Tochter, Renate Harenholz, die an der schlimmen Zeit und der gefährlichen Umgebung seelisch und füllig zugrunde geht. Ihre Liebe zu Walter Greife. Um das Glück der Harenholzs gruppieren sich die Geschicke der anderen Frauen in Nr. 17 und Nr. 18. Die Armut macht sie hilflos und wehrlos.

Jüngsterblut im Aktenschrank. Roman von Homo. Preis 3,80 Mark. Thüringer Verlagsanstalt G. m. b. H., Jena.

Die Gewerkschaftliche Jugendbücher (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14) hat nunmehr den Band IV: "Gewerkschaften und Arbeitsrecht" von Clemens Nöpel herausgebracht. — Das Arbeitsrecht nimmt in der Arbeiterbewegung eine wichtige Stellung ein. Das Buch von Nöpel soll der Jugend die Kenntnis der allgemeinen Grundsätze vermittelnen. Es handelt sich um keine Paragraphen-zusammenfassung sondern um eine lebendige Darstellung. Dabei sind die Entwicklung des Arbeitsrechts, das bestehende Recht, die Fortentwicklung der Arbeiter und das Wesen der Gewerkschaften in einander greifend geschildert. Nachzuweisen, daß es bei dem Ausbau des Arbeitsrechts um die Gestaltung des Menschenrechtes geht, ist Aufgabe dieses Buches.

Wie war ich kohle. Von Dipl.-Ing. F. z. Redden, 150 Seiten geb. 2,80 Mark. VDZ-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 19, Seestraße 7. — Das kleine handliche Werk ist ein vor treffliches Mittel, aller - oft unbewußten - Verschwendungen von Kohle Einhalt zu tun. Aus ihm spricht der Ingenieur und Fachmann außertrefflich klar und verständlich geschildert, erläutert, ermöglicht es, sich in wenigen Minuten über Tatsachen zu informieren, die Geld und Zeit erfordern. Vor allem sollte es in kleinen Betriebshäusern stehen. Den Großindustriellen, Fabrikdirektoren und Heilern geht es in gleichem Umfang an wie den Architekten, Handwerker Oftenhauer und Kaufleute. Besonders wichtig ist es für die Haushalte und ihre Haushälter. Besonders wichtig ist es für die Haushalte und ihre Haushälter.

Aus Holz: Der erste Schultag. Preis gar klein. 1,40 Mk. Verlag J. H. V. D. Nach. Berlin SW 68. — Mit allen Mitteln großer Realistik wird hier der erste Schultag zu einem Einschlag. Kindergarten und Schule sind gekleidet. Ein Junge, der auf dem Eindruck in die Schule Wunderland und heiligen Boden glaubt betrete zu haben, erschlägt seine Eltern und flieht. Die Seele wird gefangen und gestochen und fröhlig bleibende Wunden davon. Erbarmungslos schildert die realistische Feder die diebischen Eaktionen des Schmerzensweges, aus jeder Zeile spricht fleißige Kenntnis der Kinderseel, heilige Liebe zu den in ihr blühenden Werken und anklagende Empörung über die Roheit der Welt, die heiligen Heim in den Boden trifft.

Frankfurt a. Main.

(Ansiedeln und ausbewahren)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich die Bureauräume der Zentrale Frankfurt a. Main vom 15. Januar 1925 an Weitere 5.1. Stück befinden. Am 12. und 13. Januar bleiben die Bureauräume wegen Kurztag geschlossen. Die letzteren Telefonnummern bleibt bestehen.

Der Vorstand. J. A. Fischer. Doss.